

1. Oktober veröffentlichten Erklärung für die endgültige Einführung des Gesetzes von 1975 aus. Die Erklärung weist dabei darauf hin, daß das Gesetz die Zahl der Abtreibungen habe sinken lassen. Das Gesetz müsse überall in Frankreich ohne Diskriminierung und ohne Druck auf die Frauen angewandt werden. Die Gewissensklausele für die Ärzte solle beibehalten werden. Die Erklärung stellt abschließend fest, „daß unser ganzes soziales, wirtschaftliches, kulturelles und politisches Klima aufnahmebereiter gegenüber Kindern und Familien werden muß“ (La Croix, 4. 10. 79) Seine Stellungnahme will der Bund als ein „Zeichen der Befreiung, der Hoffnung und der Liebe in Situationen der Trauer“ verstanden wissen.

Nach monatelangen, von Untergrundkämpfern geschürten politischen Unruhen in El Salvador rebellierten jetzt aufständische Militäreinheiten gegen das Regime von Präsident Carlos Humberto Romero. General Romero war es schon nach der Verhängung des Ausnahmezustandes am 23. Mai nicht mehr gelungen, die Guerillas unter Kontrolle zu bringen (vgl. HK, Juli 1979, 378). Er wurde am 15. Oktober durch eine Militärjunta gestürzt. Die vorläufige Bilanz der blutigen Auseinandersetzungen: Im ersten Halbjahr 1959 sind nach einer Auflistung der Erzdiözese San Salvador 406 Menschen von Militär- und Polizeieinheiten sowie von der rechtsgerichteten paramilitärischen Organisation „Orden“ (die Präsident Romero kürzlich im mexikanischen Fernsehen als „legitimes Instrument von hohem bürgerlichem Wert“ bezeichnete) getötet worden. Unter ihnen sind allein 107 Landarbeiter. Im gleichen Zeitraum wurden 307 Personen entführt oder verhaftet, darunter 129 Campesinos. 44 Menschen sind verschwunden. Seit dem vergangenen Jahr haben

sich die antikirchlichen Aktionen der Regierung und kollaborierender Rechtsextremisten zu einer regelrechten Kirchenverfolgung ausgeweitet. Ihr fielen 6 Priester zum Opfer, 26 Geistliche wurden ausgewiesen, 9 verhaftet, 71 mit dem Tode bedroht. Nach dem Mord an *Napoléon Macias*, der am 4. August von drei mutmaßlichen Nationalgardisten am Altar erschossen wurde, gab die ansonsten in der Beurteilung der politischen Lage eher uneinige Bischofskonferenz eine gemeinsame Erklärung heraus, in der sie eine strafrechtliche Verfolgung der Mörder forderte. Seit dem Mord an vier Vorstandsmitgliedern der Landarbeitergemeinschaft FTC Ende September nahm die Angst in der Bevölkerung des mittelamerikanischen Landes vor einem blutigen Bürgerkrieg, wie ihn Nicaragua erlebte, zu. Das Vertrauen in die breite Oppositionsbewegung unter dem „Revolutionären Volksblock (BRP)“ schien angesichts des wirtschaftlichen Elends und der wachsenden Repression des Regimes zu sinken. Eine im Zeichen der Konferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) am 20. Oktober offiziell angekündigte politische Öffnung des Regimes wirkte nicht mehr glaubwürdig, zumal General Romero die diplomatischen Versuche der USA, auf eine demokratische Entwicklung in El Salvador, konkret auf einen vorzeitigen Rücktritt des Generals zu drängen, zurückwies. Den isoliert voneinander operierenden Guerilla-Gruppen fehlte es aber bisher an Schlagkraft. Unmittelbar nach dem Putsch gab es erste blutige Kämpfe zwischen der Armee und den bewaffneten Volksstreitkräften, die den neuen Machthabern vorwerfen, der Revolution mit einem von den USA inszenierten Scheinmanöver zugekommen zu sein. Die neue Fünfer-Junta hat für 1980 Präsidentschaftswahlen angekündigt sowie die baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kuba. Sie bestritt in einer ersten Pressekonferenz, daß eine ausländische Macht den Putsch unterstützt habe.

Personen und Ereignisse

Der Erzbischof von Brüssel und Mecheln, Kardinal *Leon Joseph Suenens*, ist von seinem Amt zurückgetreten. Das Rücktrittsgesuch des belgischen Primas, der im Juli das 75. Lebensjahr vollendet hatte, wurde vom Papst unter dem Datum vom 4. Oktober angenommen. Mit Suenens (er war mit den verstorbenen Kardinalen Agagianian, Döpfner und Lercaro einer der vier Moderatoren) scheidet eine der letzten großen Gestalten des Zweiten Vatikanums aus der Leitung seiner Diözese, die zu den größten und schwierigsten der Weltkirche gehört, aus.

Der Erzbischof von Freiburg, *Oskar Saier*, wurde auf der Herbstvollversammlung der deutschen Bischöfe in Fulda zum Vorsitzenden der Pastoralkommission der Deutschen Bischofskonferenz gewählt. Erzbischof Saier ist in dieser Eigenschaft Nachfolger des jüngst verstorbenen Münsteraner Bischofs *Heinrich Tenhumberg*, der dieses Amt schon vor einiger Zeit zur Verfügung gestellt hatte.

In Frankfurt am Main starb Ende September der Jesuiten-Theologe *Otto Semmelroth*. Semmelroth war seit 1949 Professor für Dogmatik in der Ordenshochschule Frankfurt-St. Georgen, die er von 1972 bis 1978 als Rektor leitete. Semmelroth war Konzilsperitus und später sowohl Mitglied der Internationalen Theologenkommission in Rom wie der Theo-

logischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz. Seine wichtigsten theologischen Werke „Maria Urbild der Kirche“ und „Die Kirche als Sakrament“ sind durch das Zweite Vatikanum gesamt-kirchliches Gemeingut geworden.

Anlässlich der staatlichen Eidesleistung des neuen Bischofs von Würzburg, *Paul Werner Scheele*, in der bayerischen Staatskanzlei hat *Franz-Joseph Strauß* seinen Standpunkt zum § 218 verdeutlicht. Die von ihm vertretene Regierung, so Strauß, sei „gegen jeden Mißbrauch des bestehenden Rechtszustandes“. Insbesondere wandte sich Strauß „gegen jede Leichtfertigkeit im Umgang mit der sozialen Indikation“. Die bayerische Staatsregierung werde die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen. Der bayerische Ministerpräsident konstatierte eine „langsam zunehmende Grundwohle“ gegen den Mißbrauch des § 218. Strauß war kritisiert worden, weil er geäußert hatte, die Kirche nehme im Fall des Abtreibungsstrafrechts „einen sehr strengen Standpunkt“ ein.

In einem Schreiben an die Mitgliedskirchen teilten der Vorsitzende des Zentralaussschusses des ÖRK, Bischof *Edward Scott*, und der Generalsekretär des ÖRK, *Philip Potter*, mit, daß das Exekutivkomitee des ÖRK sich dafür entschieden habe, der Patriotischen Front von Simbabwe-Rhodesien zur Deckung

ihrer Kosten bei der Londoner Rhodesien-Konferenz 35 000 Dollar aus dem Sonderfond zur Bekämpfung des Rassismus zur Verfügung zu stellen. Die Begründung: Während Großbritannien die Kosten der Delegationen übernehme, müßten diese für das technische Personal selbst aufkommen. Mit dem Beitrag, so Scott und Potter, unterstreiche der ÖRK „sein festgesetztes Engagement für eine ausgehandelte und friedliche Lösung unter der uneingeschränkten Mitwirkung aller Parteien“.

In einem Interview mit „Le Monde“ während einer Amerikareise erklärte der seit 1959 in Indien im Exil lebende *Dalai Lama* (44), ein „authentischer Sozialismus“ könne eine Basis der Begegnung zwischen Buddhismus und Marxismus sein. Er könne nicht leugnen, daß der kommunistische Sozialismus gerade in Ländern, wo der Buddhismus einmal stark war, wirtschaftliche Fortschritte gebracht habe. Aber der Kommunismus sei mit seinem Monopolanspruch ein zu rigides System und freiheitsfeindlich.

Anmerkung der Redaktion: *Die letzte Passage im Artikel von Werner Post aus Anlaß des Todes von Herbert Marcuse (Heft 9, S. 479) ist sinnstörend wiedergegeben worden. Der letzte Satz müsste richtig lauten: Besser läßt sich die Richtigkeit seiner Analyse kaum bestätigen.*